**Abwasserwerk Vordereifel
Eigenbetrieb der Verbandsgemeinde
Az.: 5-661-21**

Mayen, 14.03.2016

Ausbau eines Teilbereiches der Wegeparzelle 30 zum Anwesen Hilger entlang des Achter Baches in der Ortsgemeinde Acht

Ortsbesichtigung mit der SGD Nord und der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz als zuständige Wasserbehörde am 10.03.2016

Teilnehmer:

**SGD Nord, Obere Wasserbehörde, Frau Alexandra Steinebach
Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Untere Wasserbehörde, Herr Rainer Oster**

Ortsbürgermeister Werner Hilger, Ortsgemeinde Acht

Betroffene Anlieger

Verbandsgemeinde Vordereifel, Bauverwaltung, Herr Dipl.-Ing. Helmut Schumacher

Abwasserwerk Vordereifel, stv. Werkleiter Hans Schmitz

Abwasserwerk Vordereifel, Werkleiter Matthias Steffens

Die Ortsgemeinde Acht plant auf Bitten von Herrn Werner Hilger, Eigentümer des Grundstückes Hauptstraße 9 die Befestigung des gemeindlichen Weges Parzelle Nr. 30 einschließlich Sanierung des Brückenbauwerkes von der Hauptstraße über den Achter Bach.

Die Vertreter der beiden Wasserbehörden wurden über einen Ortstermin am 13.01.2016 dahingehend informiert, dass die Ortsgemeinde plant, einen Teilausbau der Straßenparzelle einschließlich der Erneuerung bzw. Sanierung des angrenzenden Brückenbauwerkes vorzunehmen. Nach entsprechender Kostenermittlung soll dann endgültig entschieden werden, ob die Maßnahme von der Ortsgemeinde finanziert werden kann und ob eine Übertragung/Verkauf der Straßenparzelle 30 an den Anlieger Hilger als Alternative in Betracht käme.

Herr Hilger erläutert in seiner Person als Anlieger die Problematik des unbefestigten Weges, der von ihm ständig unterhalten wird, um insbesondere bei nassen Verhältnissen nicht im Matsch fahren zu müssen.

Geplant wäre in Abstimmung mit der Verwaltung, eine Befestigung mit Gefälle zum Bach hin vorzusehen, damit das anfallende Oberflächenwasser ins Gewässer ablaufen kann. Weiterhin stellt sich die Frage nach entsprechenden Sicherungsmaßnahmen entlang des Baches.

Die Vertreter der Wasserbehörden sehen hier folgende Kriterien:

1. Für einen möglichen Ausbau ist ein Wasserrechtsverfahren erforderlich, da es sich bei diesem Fahrweg um eine Anlage am Gewässer handelt, die im Zehnmeterschutzbereich für Gewässer III. Ordnung gelegen ist.
2. Die Baumaßnahme ist grundsätzlich wasserrechtlich genehmigungsfähig, da der Anlieger als auch die dahinterliegenden fortführenden Grundstücke durch diesen bisherigen Fahrweg der Gemeinde erschlossen sind und diese alte Ölmühle von vor 100 Jahren letztlich auch Bestandsschutz genießt. Der Zustand des Gewässers mit der gegen die Fließrichtung linken Böschung, die letztlich nur noch durch den dortigen Bewuchs vor Abbruch gesichert ist, als auch die auf der rechten Seite befindlichen Betonmauern auf dem Gewässerrand als auch unterhalb der Brücke in Richtung Durchlass Kreisstraße mit beidseitigen Betonmauern sind keine wasserrechtlich zufriedenstellende Lösungen.
3. Man sieht hier die Chance über ein Gewässerentwicklungskonzept, einen Gewässerausbau mit Förderung der Aktion Blau durchzuführen.
4. Es sollte daher ein Gewässerentwicklungskonzept in Form einer Studie erstellt werden, dass unabhängig von den Förderfristen jederzeit über einen Förderantrag dem Ministerium vorgelegt werden könnte. Diese Studie sollte dann in enger Abstimmung mit den Wasserbehörden die Möglichkeiten ausloten, auch in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Privateigentümern diese Mauern zurückzubauen und dort mit kräftigen Wasserbausteinen eine vernünftige gewässernahe Uferrenaturierung durchzuführen.
5. Im Bereich des Fahrweges der Parzelle 30 ist die maximale Breite von 3 m einzuhalten und von dort aus ebenfalls mit Wasserbausteinen eine Böschungsneigung zum Gewässer herbeizuführen. Die Sanierung der Brücke muss je nach Zustand letztlich mit in Kauf genommen werden, da Herr Hilger auf sein Grundstück gelangen muss.
6. Bei der weiteren Begehung hat sich gezeigt, dass das Brückenbauwerk der Kreisstraße mit den Flügelmauern erhalten bleiben muss und sich die Gewässerentwicklung bis zu diesen noch festzulegenden Fixpunkten zu bewegen habe. Bei dieser Gewässerentwicklung müssen allerdings auch die Gewässerrandflächen oberhalb des geplanten Ausbaubereiches mit betrachtet werden, um ggf. auch dort noch Renaturierungsmaßnahmen zur Entschärfung des Wasserflusses auszuführen. In dem kanalähnlichen Ausbaubereich muss eine Aufstauung und Hochwassergefährdung ausgeschlossen werden.
7. Nach Auffassung des Unterzeichners muss die spätere Maßnahme hinsichtlich Sicherungsmaßnahmen des Brückengeländers als auch entlang des Gewässers mit dem Gemeindeversicherungsverband abgestimmt werden, inwieweit hier Geländer wieder angebracht werden müssen, um hier Gefährdungen für die Allgemeinheit auszuschließen.

Herr Hilger teilt in seiner Funktion als Ortsbürgermeister mit, dass die Ortsgemeinde über eine angespannte Haushaltslage verfügt und daher diese Maßnahme eine große finanzielle Belastung darstellen würde.

Sollte es jedoch zu einer Förderung der Gewässerrenaturierung über die „Aktion Blau“ mit i.d. Regel 90 % kommen und damit auch die Sicherungsmaßnahmen am Wege mit gefördert würden, die die Ortsgemeinde ohne Förderung alleine zu tragen hätte, wäre die Ortsgemeinde als Zweckveranlasser am nicht gedeckten 10 %-Anteil mit zu beteiligen. Dies würde der Ortsgemeinde natürlich entgegen kommen.

Dass im Bereich unterhalb der Brücke Gemeindeeigentum für eine Verbreiterung des Gewässers durch Entfernung der Ufermauern zur Verfügung gestellt werden könnte, sieht er als unproblematisch an, da dies - so auch die Vertreter der Wasserbehörden - eine Aufwertung dieses Bereiches als auch des gesamten Ortsbildes bei einer naturnahen Renaturierung unter den schwierigen Bedingungen bringen dürfte.

Die Verwaltung wird sich um ein leistungsfähiges Ingenieurbüro für dieses Entwicklungskonzept bemühen, wobei seitens der SGD Nord und Frau Steinebach das Ingenieurbüro Gastring, Vallendar vorgeschlagen wurde, dass in ähnlichen Verhältnissen gute Konzepte entwickelt und umgesetzt habe.

Für einen Ortstermin mit dem letztlich von der Verwaltung auszuwählenden Büro steht man gerne zur Verfügung, damit dann dieses Gewässerentwicklungskonzept mit den Ideen und Vorschlägen der beiden Wasserbehörden direkt in Einklang gebracht werden kann, um damit spätere größere Nachkorrekturen zu vermeiden.

Die Kosten der Studie würden über die Verbandsgemeinde als Gewässerunterhaltungspflichtige laufen, die dann auch für dieses Gutachten bzw. den Entwicklungsplan die Förderung bekäme.

Der dann verbleibende 10 %-Anteil wäre in erster Linie in der Zuständigkeit der Verbandsgemeinde zu finanzieren.

Hingegen werden die späteren Sicherungsmaßnahmen für die evtl. Befestigung der Parzelle 30 oder auch die Entfernung von Betonmauern als Erschwernisse der Gewässerunterhaltung anteilig von den Beteiligten (Ortsgemeinde und private Anlieger) zu tragen sein.

Werkleiter

gesehen:

Bürgermeister

zur Information und Rücksprache

Verteiler:

An alle Beteiligten